

Der Reidemeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 100

24. September 1986

100 Ausgaben der Geschichtsblätter »Der Reidemeister«



Horst Römer

Liebe Leserinnen und Leser!

»Der Reidemeister«, die seit August 1956 drei- bis viermal im Jahr erscheinende historisch-wissenschaftliche Zeitschrift des Lüdenscheider Geschichtsvereins, bei den Lüdenscheider Nachrichten verlegt, erscheint im dreißigsten Jahr seines Bestehens und hat mit dieser Ausgabe die Jubiläums-Nummer 100.

In allen Jahren fand er immer eine breite interessierte Leserschaft. Mit ihren Forschungen und Beiträgen eröffneten die Autorinnen und Autoren des »Reidemeister« einen Zugang zur Geschichte unserer Stadt und der sie umgebenden Landgemeinde, des alten Kirchspiels Lüdenscheid.

Im »Reidemeister« wurde die Stadtgeschichte Lüdenscheids, dessen Kirche erstmals im Jahre 1067 erwähnt wurde, im Hinblick auf die in den Stadtrechten aufzufindenden alten sächsischen Volks- und Freiheitsrechte, wie auch das in den Rechten der Bürgerschaft enthaltene Butenbürgerrecht behandelt.

Weitere Forschungsarbeiten stellen die Veme in Lüdenscheid und im märkischen Süderland, sowie deren Ausstrahlungsbereich in die Weite und die Vielfalt des Heiligen Römischen Reiches eingehend dar.

Es ging der Vemegerichtsbarkeit nicht nur um das geschriebene und ungeschriebene Recht, sondern um das Rechte.

Um den Glauben und die Glaubensentscheidungen vor Gott ging es in der Erforschung der Kirchengeschichte von Stadt und Kirchspiel Lüdenscheid. Eingehend befaßte sich die Forschungsarbeit mit der Eisengewinnung, der Eisenverarbeitung, dem Eisenhandel und dem Eisengewerbe seit dem frühen Mittelalter. Im »Reidemeister« wurde auch berichtet vom Gewerbefleiß der Bürgerschaft, dem Unternehmergeist während des großen industriellen Aufschwungs im 19. und frühen 20. Jahrhundert.

Die wissenschaftlich-historischen Forschungen erfaßten auch die weiten Bereiche der Bildung, der Volksschulen, der alten Lateinschule, der Gymnasien und der Berufsschulen.

Immer wieder wurde auch die Bürgerschaft unserer Stadt, ihr Gemeinsinn, ihr Bürgerbewußtsein, ihr Fleiß und der Sinn für das Rechte im »Reidemeister« behandelt.

Die weiteren Ausgaben des »Reidemeister« ab Nr. 101 werden weiterhin der Darstellung unserer Stadtgeschichte in Vergangenheit und Gegenwart dienen, sie sollen uns weiterhin an unsere Geschichte heranzuführen, sie sollen unseren Bürgersinn stärken.

Im Namen des Vorstandes sage ich einen besonderen Dank den Schriftleitern unserer Zeitschrift, unseren verehrten Historikern Wilhelm Sauerländer (†) und Dr. Walter Hostert.

Ein ebenso herzlicher Dank gilt auch den Mitgliedern des historischen Beirates des Lüdenscheider Geschichtsvereins, besonders seinen Obleuten Wilhelm Sauerländer (†), Dr. Walter Hostert und Dr. Günther Deitenbeck.

Für Ihre unermüdliche Forschungsarbeit sei allen Autorinnen und Autoren gedankt, die beim »Reidemeister« mitgearbeitet haben. In kurzer Zeit wird der 5. Band erscheinen der die Nummern 81 – 100 enthält.

Mein Dank gilt aber auch allen Unterstützern unserer historisch-wissenschaftlichen Arbeit: Der Stadt Lüdenscheid, den Verbänden der Wirtschaft, den vielen privaten Spendern und unseren Mitgliedern.

Eingeschlossen in diesen Dank seien auch die »Lüdenscheider Nachrichten« und die Druckerei Staats für die gute Zusammenarbeit und Betreuung des »Reidemeister«.

Den Geschichtsblättern für Stadt und Land Lüdenscheid wünsche ich Erfolg und Anerkennung auch ab der 101. Ausgabe.

Im Sommer 1986

Horst Römer, 1. Vorsitzender



Annerose Brauckmann
2. Vorsitzende



Dr. Walter Hostert, Schriftleiter der Zeitschrift »Der Reidemeister« ab Nr. 40 – 1967. Oberstudiendirektor, Leiter des Bergstadt-Gymnasiums, ehrenamtlicher Leiter des Stadtmuseums, Landrat des Märkischen Kreises.

Zum Stand einer über 30jährigen industrie-archäologischen Forschung im märkischen Sauerland



Dr. Manfred Sönnecken

Studiendirektor am Bergstadt-Gymnasium in Lüdenscheid, verheiratet, 1 Kind; geboren 1928 in Lüdenscheid, im Krieg Flakhelfer, Abitur 1949, Studium 1950-1954 an der Universität zu Münster (Fächer: Geographie, Geologie, Vorgeschichte, Sport), Staatsexamen, Referendardjahre in Hagen und Dortmund mit anschließender Pädagogischer Prüfung; Promotion 1968 in der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster, Mitglied der Altertumskommission von Westfalen seit 1959, Vorsitzender der Naturwissenschaftlichen Vereinigung in Lüdenscheid 1962 - 1966, Mitglied der Geographischen Kommission von Westfalen seit 1967, Gründungsmitglied des Komitees für die Erforschung des ältesten Eisenhüttenwesens in Prag 1967, Mitglied des Geschichtsausschusses des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf seit 1971, Beiratsmitglied der Freunde der Burg Altena seit 1970, Beauftragter für archäologische Denkmalpflege der Stadt Lüdenscheid seit 1982; wissenschaftliche Veröffentlichungen in Buchform: Die mittelalterliche Rennfeuerhütte im Märkischen Sauerland, Münster 1971, Forschungen zur spätmittelalterlichen frühneuzeitlichen Eisendarstellung in Kierspe, Düsseldorf 1977, Forschungen zur mittelalterlichen Rennfeuerhütte im Kreis Olpe, Olpe 1982, Funde aus der Mittelsteinzeit im Märkischen Sauerland, Balve 1985. Kulturpreis des Kreises Lüdenscheid für 1969, Berufung in den Arbeitsausschuß des Geschichtsausschusses des Vereins der Deutschen Eisenhüttenleute 1974-1980 und in den Vorstand der Altertumskommission von Westfalen in Münster seit 1982, Landespreis (Arbeitsstipendium) vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe für 1983.

Bis heute konnten etwa 1450 Standorte alter Eisenhüttenplätze im märkischen Sauerland kartiert werden. Durch zahlreiche Keramikfunde und ¹⁴C-Datierungen gelang es, die Zeitstellung des Schlackenkomplexes zu erkennen und zwei Schmiedeperioden zu unterscheiden: 1. die Rennfeuerzeit vom 8. - 13. Jh. und 2. die Massenhüttenzeit vom 13. - 17. Jh. Nach neuesten Grabungsbefunden war eine relativ geringe Eisenerzeugung bereits um Chr. Geb. vorhanden.

Der für die Region des Märkischen Kreises bedeutendste vorgeschichtliche Siedlungsfund der Nachkriegszeit gelang im oberen Hönnetal bei Neuenrade. Es wurden bisher 14 Fundstellen von Hofwüstungen entdeckt, die auf Grund der geborgenen Siedlungskeramik in die jüngere Eisenzeit und ältere Kaiserzeit datieren. Die Plangrabung auf Fundpunkt 1 ergab ein großes Areal mit Grubenhäusern und einen Bestattungsplatz mit fünf Gräbern. In der Kulturschicht barg man Eisenerz, Eisenschlacken, Schmiedeschlacken, Luppen- und Eisenteile, die eine örtliche germanische Eisenerzeugung bezeugen. Bleibaren und bleierne Schmelzrückstände weisen sogar auf Bleiherstellung

hin. Die Grabungen werden auf weiteren Fundpunkten fortgesetzt.

Zur Aufhellung der Anfänge der Eisenerzeugung im Mittelalter verhalfen uns Grabungsbefunde in Eggenscheid, bei Homert und Ellinghausen sowie Großendrescheid. Auf Grund einer ¹⁴C-Altersbestimmung von Holzkohle auf einer Rennfeuerhütte bei Großendrescheid konnte die Zeitspanne von 660 - 760 nach Chr. ermittelt werden. Das Gutachten belegt, daß bereits seit dem 8. Jh. Eisen im Rennfeuer erzeugt worden ist. Die Eisendarstellung erfolgte hier in der mehr oder weniger von der Siedlung entfernten Erzregion. Die Grabungsbefunde von Eggenscheid, Homert und Ellinghausen verdeutlichten dagegen eine enge Kopplung von Hof, Schmiede und Rennfeuer. Wegen der relativ geringen Schlackenvorkommen erfolgte die Eisengewinnung im 8. - 10. Jh. offenbar zur bäuerlichen Selbstversorgung. Hinweise für eine Beteiligung des Königtums oder der geistlichen Grundherrschaft sind nicht vorhanden.

Im 11. - 13. Jh. kam es zu einer ungewöhnlich großen Ausbreitung und Entfaltung der Eisenerzeugung auf etwa 1350 Rennfeuerhütten im märkischen Sauerland. Die Datierung wurde mit Hilfe von Keramikfunden vorgenommen. Es handelt sich zumeist um Fragmente der rheinischen Kugeltopf-, Pingsdorfer und Siegburger Ware. Der Zeitansatz konnte durch ¹⁴C-Altersgutachten von Holzkohleproben gesichert werden: z. B. 1024 ± 50 Jahre n. Chr. im Balver Wald und 1220 - 1250 Jahre n. Chr. im Herrenholz bei Lüdenscheid.

Durch 230 Neufunde von Rennfeuerschlackenplätzen wurde das Verbreitungsbild von 1971 (Landeskundliche Karten und Hefte der Geographischen Kommission, Bd. 7, Münster 1971) bereichert und ergänzt. Besonders »In der Mark« zwischen Halver und Radevormwald gelang es, ein bedeutendes Dichtengebiet mit nunmehr über 200 Rennfeuerhütten zu ermitteln. Dennoch bleibt die Gebirgsregion um Altena mit über 600 Schlackenhalden das wichtigste Rennhüttengebiet im märkischen Sauerland. Erwähnenswert sind Neufunde von Hüttenplätzen seit 1971 in den Bezirken Nette mit 15, Balver Wald mit 12, Berentrop mit 11 und Krummenscheid mit 10 Schlackenstätten. Zusätzlich konnte der kleine Bezirk Wocklum bei Balve mit 10 Rennfeuerhütten neu gebildet werden. Leider muß auch berichtet werden, daß durch Straßen- und Wegebau in den letzten 15 Jahren mindestens 30 Standorte alter Eisenerzeugung vernichtet worden sind.

Mit 1350 Rennfeuerhütten war das märkische Sauerland in der Salier- und Staufferzeit ein aktiver eisendarstellender Wirtschaftsraum von überregionaler Bedeutung. Leider läßt die fehlende schriftliche Überlieferung keine weiteren exakten Bezugsangaben zu. Dennoch darf angenommen werden, daß Eisenhandel, Zulieferbetrieb für das aufkommende Drahtgewerbe und Eisenbedarfsdeckung des Landesherrn eine wichtige Rolle gespielt haben werden. Das Rennfeuerwesen war mit Erzabbau (Pingen), Köhlerei und Fuhrbetrieb ein bedeutendes Merkmal der mittelalterlichen Kultur- und Wirtschaftslandschaft.

Mit der Einführung der Massen- und Frischhütten mit mechanischen Wasserradgebläsen vollzog sich ein gewaltiger Umschwung im Eisenhüttenwesen. Es erfolgte die Standortverlagerung der Eisendarstellung von den Hochflächen, Quellmulden und Siepen in die größeren Bachtäler. Nur die Grundstückseigentümer, die Wasser-, Holz- und Erzschrüf recht besaßen, waren berechtigt, Massenhütten zu betreiben. Durch Stollen und Schächte drang man nun tiefer in den Berg ein, um das Gangerz abzubauen. Daneben blieb aber auch der Pingenabbau noch bestehen.

Die Erforschung der Massenhüttenzeit ist noch nicht abgeschlossen. Durch Geländebege-

hungen und Auswertung der Flurnamen (besonders »hütte«-Namen) gelangen bisher etwa 100 Nachweise von Massenhütten-Wüstungen. Davon werden nur 13 in den bekannten Berichten: Archiv Haus Habel (1592), J. Fischer (1652) und J. am Ende (1688) mit Bezug auf Diest-Weiler (ca. 1636) listenartig erwähnt. Trotz des noch lückenhaften Kartierungsbefundes ergibt das Fundverbreitungsbild eine höchst bemerkenswerte Anhäufung von über 70 Massenhüttenplätzen um Kierspe/Rönsahl - Meinerzhagen/Valbert auf märkischer und Gummersbach/Marienheide auf bergischer Seite (jüngster Bericht: Kartierung von Massenhütten-Wüstungen im oberen Einzugsgebiet der Agger, Oberbergischer Kreis, Der Märker 1986, H. 1, S. 50 - 52). Die übrigen Massenhüttenstandorte sind mehr sporadisch im märkischen Sauerland verteilt. Fast allen gemeinsam sind starke Störungen und Veränderungen (besonders durch Nachfolgewasserwerke), die die Nachforschungen sehr erschweren.

Den bisher besten Grabungsbefund hatten wir bei Haus Rhade. Hier konnten wir die Ruine eines ursprünglich 4 m hohen Massenofens mit einem Außendurchmesser von 3,50 m freilegen. Der Keramiknachlaß verwies den Hüttenbetrieb in das 13. - 15. Jh., was durch ¹⁴C-Altersgutachten von Holzkohleproben gestützt werden konnte. Durch eisenhüttenkundliche Untersuchungen von Schlacken- und Erzproben gelang es, das Schmelzverfahren zu ermitteln. Danach hat man wahlweise flüssiges Roheisen oder weiches Schmiedeeisen erzeugt. Auf einem Massenhüttenplatz an der oberen Wipper bei Meinerzhagen hat man auf Grund der Schlackenart ausschließlich auf Roheisen gearbeitet. Hier ergab die ¹⁴C-Datierung von Holzkohlen an der Basis der Schlackenhalde 1220 - 1280 und vom Scheitel 1340 - 1430 n. Chr. Damit wurde der Zeitansatz vom Massenhüttenbetrieb bei Haus Rhade bestätigt. Infolge der Roheisenproduktion müssen die ältesten Frischhütten (Osemundschmitten) ebenfalls bis in das 13. Jh. zurückgehen. Das Problem, ob die ersten Osemundwerke von Anfang an mit wassergetriebenen Selbsthämmern ausgerüstet waren, wird archäologisch wohl nicht mehr zu klären sein, da die ehemaligen Standorte im Verlauf der industriellen Entwicklung vollständig verändert worden sind. Möglicherweise wurde das gefrischte Eisen ursprünglich mit Handhämmern geschmiedet. Selbst im 17. Jh. gab es noch diese einfachen Osemundschmieden, wenn für einen Wasserhammer die Geldmittel fehlten. Weitere Grabungen auf Massenhütten-Wüstungen von Hemecke, Wehe und Lingese bei Kierspe bereicherten die Fundsituation, ergaben aber wegen starker Standortstörungen keine neuen Erkenntnisse. Ein Teil der Schmiedeeisenerzeugung wurde in kleinen Handschmieden weiterverarbeitet, wie die Entdeckung und Freilegung der Guttschmiede von Haus Rhade verdeutlichte.

Inzwischen konnten vereinzelt auch Massenhütten-Wüstungen ermittelt werden, wo man im Stückofen nur auf Schmiedeeisen verarbeitet hat. Im Vergleich dominieren die Massenhütten mit Roheisenproduktion im Floßofen vor den Massenhütten mit wahlweiser Eisenproduktion im Massenofen. Die in der Fachliteratur geäußerte Ansicht, daß zunächst der Stückofen und dann der Floßofen in Betrieb gewesen sei, muß also berichtigt werden. Die Umstellung im Eisenhüttenwesen von der Rennfeuerhütte auf Massenhütten mit wassergetriebenen Windmaschinen und mit der erstaunlichen Vielfalt der Betriebsweisen bereits im 13. Jh. ist ein echtes Novum in der märkischen Eisengeschichte.

Mit etwa 100 bisher entdeckten Massenhütten-Wüstungen bildete das märkische Sauerland mit der oberbergischen Landschaft um Gummersbach/Marienheide, die im 13. - 17. Jh. - zur Massenhüttenzeit also - als Herrschaft

Neustadt-Gimborn märkisch war, ein bedeutendes Eisenhüttengebiet. Es wird künftig neben den großen, bekannten Eisenregionen der Oberpfalz, Innerösterreichs und des Siegerlandes gebührende Beachtung finden. Wegen Er-

schöpfung der heimischen Erzvorräte kam es bereits im 15. Jh. zu Engpässen in der Erzversorgung, so daß die meisten Bachtalhütten den Betrieb einstellen mußten. Auch die wahrscheinlich jüngeren Flußthalhütten wurden im

16. - 17. Jh. - trotz gelegentlicher Neuanfänge in Bergbau und Verhüttung - stillgelegt. Infolge dieser Entwicklung gewannen Roheisenimporte aus dem Siegerland zunehmende Bedeutung für das märkische Osemundgewerbe

Hochentwickeltes Rechnungswesen schon vor 200 Jahren

Ein Soll- und Ist-Kosten-Vergleich aus dem Jahre 1793/1794



Dietrich Woeste

Hof Aschey bei Werdohl

Geboren 1926 in Hamm (Westf.), Dipl.-Ing.

Nach Abitur auf dem humanistischen Gymnasium, Kriegsdienst, Kriegsgefangenschaft und Studium berufliche Tätigkeit in der Herdfabrik C. Woeste AG in Hamm und der Kupperbusch AG in Gelsenkirchen. Seit 1957 Geschäftsführer der Versevörder Metallwerke GmbH in Werdohl. Nach der Stilllegung dieses Werkes im Jahre 1971 einige Jahre in leitender Position in einer Firma des Apparatebaues. Ab Mitte 1977 viel zu früher beruflicher Ruhestand.

Ich stamme aus einer alten Lüdenscheider Reidemeister- und Unternehmerfamilie. Unser Stammsitz, der Hof in der Woeste in der Mintenbecke bei Lüdenscheid, befindet sich noch heute, ununterbrochen seit über 400 Jahren, im Besitz eines anderen Zweiges unserer Familie. Der Heimat- und Familiengeschichte galt schon immer mein besonderes Interesse. In den letzten Jahren habe ich mich sehr intensiv um die Geschichte des Märkischen Osemunds bemüht und darüber eine Anzahl von Arbeiten veröffentlichten können.

Zum Schloß Neuenhof bei Lüdenscheid gehörte im 18. Jahrhundert ein umfangreicher Besitz an eisengewerblichen Wasserhämmern verschiedenster Art). Über den Betrieb dieser Hämmer sind im Archiv des Freiherrn von dem Bussche-Kessel, das heute als Depositum im Staatsarchiv Münster verwahrt wird, zahlreiche Abrechnungen erhalten. Darunter befindet sich auch ein dünnes Heftchen im Oktavformat mit einem Vergleich von geplanten Kosten mit den tatsächlich angefallenen Kosten über den Betrieb von zwei Osemundhämmern im Rechnungsjahr 1793/94). Diese Abrechnung nimmt die heute hochaktuelle Plankostenrechnung vorweg.

Für die Leser, die mit dem industriellen Rechnungswesen nicht vertraut sind, sind zum Verständnis dieser Abrechnung einige Erläuterungen notwendig:

Neben die Finanzbuchhaltung ist in den letzten Jahrzehnten im industriellen Rechnungswesen die Betriebsbuchhaltung getreten. In ihrer einfachsten Form werden alle Kosten den einzelnen Werkstätten und Betriebsabteilungen

zugeordnet, womit Unterlagen für die Kalkulation gewonnen werden. Durch Zuordnung der Kosten zu den verschiedenen Produkten läßt sich in einer Gegenüberstellung mit den Erlösen ermitteln, was die einzelnen Erzeugnisse zum Unternehmensergebnis beigetragen haben. Eine der modernsten, aber auch aufwendigsten Formen der Betriebsabrechnung ist die sogenannte Plankostenrechnung, die auf einem Vergleich von Soll- und Ist-Kosten basiert. In der Plankostenrechnung wird zuerst im Voraus für jede Werkstatt und jedes Produkt der Aufwand an Material und Zeit geplant, woraus sich die »Soll-Kosten« ergeben. Diesen Soll-Kosten werden dann in der Abrechnung die effektiv angefallenen Kosten, die »Ist-Kosten«, gegenübergestellt. Aus dem Vergleich der Soll-Kosten mit den Ist-Kosten ergibt sich dann, ob wirtschaftlich und erfolgreich gearbeitet wurde oder ob in der Fabrikation überhöhte Kosten angefallen sind.

Die beiden »Soll- und Ist-Kosten-Vergleiche« in dem uns vorliegenden Heftchen betreffen den Untersten Osemundhammer im Neuenhof und den Neuen Osemundhammer, womit nur der Allerunterste Hammer gemeint sein kann. Der Aufbau der beiden Kostenvergleiche ist identisch, so genügt es, hier nur die Abrechnung über den Untersten Osemundhammer zu besprechen.

In der Kopfzeile ist die Produktion des Geschäftsjahres, das in den Abrechnungen des Schlosses Neuenhof immer vom 1. Mai bis zum 30. April lief, aufgeführt. Sie betrug im Jahr 1793/94 auf dem Untersten Osemundhammer

36 Altenaische Karren und 13½ Hundert an Osemund. Für diese Produktionsmenge wird der Verbrauch an Roheisen, hier Gußeisen genannt, und an Holzkohlen vorgegeben: je Karre Osemund 10 Stahlen Roheisen und 5 Karren Holzkohlen, insgesamt also 362 Stahlen und 3 Viertel an Gußeisen und 243 Karren und 2¼ Zehent an Holzkohlen.

Das sind die Maßeinheiten, wie sie im Osemundgewerbe üblich waren. Der Draht-Osemund wurde in Altenaischen Karren zu 4 Ort oder 50 Hundert berechnet, die Karre enthielt 1352 Pfund und das Hundert wog 27 Pfund. Roheisen dagegen wurde nach Stahlen berechnet. Auf 1 Stahlen ging im Saynschen und Siegenschen 170 Pfund, im Wittgensteinschen nur 160 Pfund und 16 Stahlen waren 1 Wagen oder Waage. Holzkohlen wurden in Fudern zu 5 Tain oder Zehent oder in Karren zu 4 Zehent gemessen. Dabei handelte es sich um ein Hohlmaß. Das Pfund enthielt 467 Gramm).

In dem Kostenvergleich wird in der ersten Rubrik das Gußeisen abgerechnet. In Form einer Bilanz steht auf der rechten Seite der geplante oder »gerechnete« Verbrauch von 362 Stahlen und 3 Viertel. Auf der linken Seite steht der tatsächliche Verbrauch von nur 325 Stahlen und zum Ausgleich der Bilanz der Minderverbrauch, »zu Vortheil geschmiedet«, von 37 Stahlen und 3 Viertel. In der zweiten Rubrik erfolgt die Abrechnung des Holzkohlenverbrauches, aus der sich ergibt, daß mehr verbraucht worden war, als geplant. Dieser Mehrverbrauch ist auf der rechten Seite als »zu Schaden geschmiedet 62 Karren« zum Aus-

Pro 1793/94 auf dem Untersten Osemundhammer		Zu vergleichen mit dem Osemund im Neuenhof	
36 Karren 13½ Hundert Osemund zu Roheisen 10 Stahlen zu Holzkohlen 5 Karren zum Vortheil geschmiedet	362 3/4	36 Karren 13½ Hundert Osemund zu Roheisen 10 Stahlen zu Holzkohlen 5 Karren zum Vortheil geschmiedet	362 3/4
Summe	362 3/4	Summe	362 3/4
36 Karren 13½ Hundert Osemund zu Roheisen 10 Stahlen zu Holzkohlen 5 Karren zum Schaden geschmiedet	243 2 1/4	36 Karren 13½ Hundert Osemund zu Roheisen 10 Stahlen zu Holzkohlen 5 Karren zum Schaden geschmiedet	243 2 1/4
Summe	243 2 1/4	Summe	243 2 1/4
Zum Nutzen geschmiedet 37 3/4 Stahlen per Karren 2 1/4 zu Holzkohlen 10 Stahlen per Karren 2 1/4 bleibt zum Nutzen geschmiedet	117 58 1/2 30 49 1/2 21 62	Zum Schaden geschmiedet 62 Karren Holzkohlen per Karren 2 1/4	170 30
Summe	Sp. 170 30	Summe	Sp. 170 30

gleich der Bilanz ausgewiesen. In der untersten Rubrik wird der Mehrverbrauch an Holzkohlen und der Minderverbrauch an Gußeisen in Reichstalern berechnet, wobei auch die Frachtersparung für das nicht benötigte Roheisen berücksichtigt ist. Die Frachtkosten für den Mehrverbrauch an Holzkohlen brauchten nicht berücksichtigt werden, da die Lieferung der Holzkohlen nach den üblichen Geschäftsbedingungen frachtfrei erfolgte. Als Endergebnis wird ausgewiesen: »bleibt noch zum Schaden geschmiedet 21 Rthlr. 42 Stbr.«.

Geschäftlich gesehen waren diese Mehrkosten in der Fabrikation nicht tragisch. Bei einem Verkaufspreis für die Karre Osemund von 66 7/8 Rthlr. waren es knapp 0,9 % und die vollständige Abrechnung, die ebenfalls noch vorliegt¹⁾, weist immer noch in diesem Geschäftsjahr für den Untersten Osemundhammer einen Gewinn 254 Rthlr. und 17 Stbr. aus.

Über den höheren Holzkohlenverbrauch, die Ursache für die Mehrkosten, wurde damals allgemein geklagt. Im Protokoll des Pflichttages der Osemundredemeister vom 1. Oktober 1792 ist vermerkt, daß die schlechtere Qualität des Roheisens einen größeren Holzkohlenverbrauch zur Folge habe²⁾.

Was war die Veranlassung zu dieser Kostenanalyse in Form des Vergleiches von geplanten Kosten mit den tatsächlichen Kosten? Die Herren auf Schloß Neuenhof, die Freiherrn von dem Bottlenberg gnt. Kessel, betrieben den Untersten Osemundhammer genau wie die meisten ihrer Hämmer nicht selbst, sondern in einem Compagnie-Geschäft mit anderen Reidemeistern, die die Geschäfte führten, also die Reidung betrieben. Partner auf dem Untersten Osemundhammer waren 1793/94 Wilhelm Woeste et Comp.³⁾. Wollten diese Geschäftspartner nachweisen, wie schwer die Zeiten

waren? Oder wollte nur der Rentmeister zeigen, was er konnte? In den Akten wurde kein Hinweis gefunden und auch das Schriftstück selbst enthält keine besonderen Bemerkungen. Ganz bestimmt war man sich nicht bewußt eine Rechnungsmethode zur Kontrolle der Fabrikationskosten angewandt zu haben, die 200 Jahre später höchst aktuell werden sollte.

- 1) s. hierzu: Diétr. Woeste, Der Adel als Unternehmer im Osemundgewerbe des märkischen Sauerlandes, in Der Märker, Jg. 34, Altena 1985, S. 3 ff.
- 2) Staatsarchiv Münster, Bestand Schloß Neuenhof (Dep.), Nr. 1039.
- 3) zu den Maßen siehe: Diétr. Woeste, Der Osemund, Band 16 der Altener Beiträge, Altena 1985, S. 261.
- 4) siehe Anm. 2
- 5) Archiv des Märkischen Kreises, Altena: Bestand Haus Holtzbrinck, Osemundakten, Anlage No. 2 zum Pflichttagsprotokoll vom 1. Okt. 1792
- 6) Diétr. Woeste, Der Osemund, S. 143 ff, 153.

Der Kapellenbezirk Loh

Ein Beitrag zur Geschichte der evangelischen Kirchengemeinden in Lüdenscheid Stadt und Land



Dr. Günther Deitenbeck

geb. 27. 4. 1915 in Lüdenscheid. 1934 Abitur am Zeppelin-Gymnasium. Nach dem Arbeitsdienst Studium der Philologie in den Fächern Geschichte, Englisch und Erdkunde von 1934–39 an den Universitäten Münster, Heidelberg, Königsberg und Marburg. 1939 Promotion zum Dr. phil. und Staatsexamen. 1939–45 Kriegsteilnehmer im Westen und im Osten. Nach Wiedereröffnung der Schulen ab 1946 Referendar, Assessor, Studienrat (Oberstudienrat) am Zeppelin-Gymnasium Lüdenscheid. 1965 ständiger Vertreter des Oberstudiendirektors. 1968 Studiendirektor. 1980 pensioniert.

Welche Folgen die rasche industrielle Entwicklung und die damit verbundene Bevölkerungsexplosion im 19. Jahrhundert auch für die kirchliche Situation in Lüdenscheid hatte, ist in großen Zügen schon an anderer Stelle dargestellt worden¹⁾. Hier soll der dadurch hervorgerufene Wandel in der kirchlichen Struktur in seinen Auswirkungen auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet der Landgemeinde jenseits der damaligen südlichen Grenze der Stadt untersucht werden. Es handelt sich um das Gebiet beiderseits der Straße nach Herscheid zwischen Paulmannshöh und Treckinghausen, das im Anfang unseres Jahrhunderts den Namen »Kapellenbezirk Loh« trug und jetzt in der evgl. Kirchengemeinde Hellersen-Loh zusammengefaßt ist. Zum besseren Verständnis muß jedoch noch einmal auf die kirchliche Situation und ihre Entwicklung im 19. Jahrhundert eingegangen werden.

Die Ausgangssituation

Als in der Franzosenzeit Anfang des vorigen Jahrhunderts Stadt und Landgemeinde (Kirchspiel) Lüdenscheid eine politische Einheit bildeten, gab es hier zwei evangelische Gemeinden und demgemäß zwei Presbyterien, die bei bestimmten Gelegenheiten zu gemeinsamen Beratungen zusammenkamen. Jede hatte einen Prediger, die beide in der Stadt wohnten. Die Stadtkirche, an deren Stelle die heutige Erlöserkirche steht, war und blieb Eigentum der Kirchspielsgemeinde, und der Kirchspielspastor – nur er hatte den Titel Pastor – war der Hauptpastor, der gegenüber dem Stadtprediger gewisse Weisungsbefugnisse besaß. Anfang der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts wurde deutlich, daß die Stadtkirche, die sich in einem außergewöhnlich schlechten baulichen Zustand befand, entweder durchgreifend repariert werden oder einem Neubau weichen mußte. Man entschied sich schließlich für den Neubau, der 1825 vollendet wurde. Er machte wegen seiner hohen Kosten eine Vereinigung der beiden Gemeinden Stadt und Kirchspiel notwendig. Der 1822 unterzeichnete Vertrag sah ein Presbyterium für die vereinigte Gemeinde vor, das neben 4 ständigen Mitgliedern (den beiden jetzt gleichberechtigten Geistlichen, dem Herrn von Neuenhof und dem Bürgermeister der politischen Gesamtgemeinde von Stadt und Kirchspiel) 4 Vertreter der Stadt und 6 Vertreter des Kirchspiels, also insgesamt 14 Mitglieder umfaßte²⁾. Das Kirchspiel war der Stadt sogar entgegengerichtet, denn bei den wechselnden Mitgliedern stellte die Stadt mehr als ihr eigentlichem Zustand, da die Zahl der evangelischen Stadtbürger nur die Hälfte der entsprechenden Einwohnerzahl des Kirchspiels betrug. Aber das änderte sich schnell. 1861 wohnten in der Stadt schon mehr Gemeindeglieder als im Kirchspiel, und 1885 war ihre Zahl mit 13 259 doppelt so hoch. Die evangelische Kirche versuchte durch Anstellung weiterer Pfarrer der so gewaltigen Vergrößerung der Gemeinde gerecht zu werden. 1863 wurde eine seit 1860 bestehende Hilfspredigerstelle in die 3. Pfarrstelle umgewandelt, 1883 eine 4. Pfarrstelle geschaffen. Auf diese Weise konnten sonntags um 2 Uhr nachmittags Gottesdienste in den Schulen der Landgemeinde stattfinden. Inzwischen war die vereinigte Gemeinde zur ausgedehntesten Gemeinde Westfalens geworden, die kaum noch zu versorgen war, und durch den Bau der Eisenbahnen, vor allem der Ruhr-Sieg-Strecke, hatten sich in den Tälern der Volme (Brügge), Rahmede und Verse (Augustenthal und Brüninghausen) neue Siedlungszentren entwickelt, die die Bildung neuer Mittelpunkte für eine evangelische Gemeindearbeit nahelegten. Bewegung in die Frage nach dem weiteren Schicksal der Gemeinde kam aber erst, als im Frühjahr 1884 etwa 26 städtische Mitglieder der größeren Gemeindevertretung beantragten, das Zahlenverhältnis innerhalb der Gemeindever-

tretung den geänderten Bevölkerungszahlen anzupassen, d.h. der Stadt mehr Sitze zuzuteilen. Dieser Antrag, der angenommen wurde, führte zu einem Protest der Vertreter der Landgemeinde, die darin »eine eclatante Verletzung« des Vertrags von 1822 sahen und nun ihrerseits den Antrag stellten, »daß unter solchen Umständen eine Trennung der Stadt- und Landgemeinde herbeigeführt werde...«³⁾. Sie wollten lieber für ihre Selbständigkeit »höhere Kirchensteuern zahlen als auf das bisherige Zahlenverhältnis verzichten«, eine Formulierung, in der sich unterschwellig das alte Mißtrauen gegenüber der Stadt ausdrückte. Daraufhin wurde am 5. März 1885 die Aufteilung der Großgemeinde in der Weise beschlossen, daß 1886 die Gemeinde Rahmede, 1896 Brügge und 1906 Brüninghausen selbständig werden sollten. Die seit 1822 bestehende Gesamtgemeinde löste sich damit auf.

Komplikationen

Diese Aufteilung war für die Landgemeinde ein Vorgang, der nicht ohne schmerzhaftes Komplikationen blieb. Schon rein organisatorisch handelte es sich um eine Fülle verwaltungstechnischer und personeller Maßnahmen. Auch mußte die Zustimmung der weltlichen Behörde eingeholt werden. Auf die Muttergemeinde Lüdenscheid kam nicht zuletzt eine beträchtliche finanzielle Belastung zu, da sie den neu entstehenden Gemeinden eine finanzielle Erstattung geben mußte. Daher konnte die Vonselbständigung der Gemeinden nicht gleichzeitig erfolgen, sondern nur in den genannten zeitlichen Abständen⁴⁾. Aber es kam auch zu inneren Auseinandersetzungen in den neu entstehenden Gemeinden. So zeigte sich in der Gemeinde Rahmede, zu der die Bauerschaften Drescheid, Rosmart und Wehberg gehörten und die als erste selbständig werden sollte, daß man sich über den Standort der neuen Kirche nicht einig werden konnte. Der Gemeindeglieder Oberahmede bestand darauf, die Kirche in seinem Gebiet zu erstellen. Als er dafür keine Mehrheit fand, trat er 1888 aus der Landeskirche aus, baute mit Pastor Habermas 1889/90 eine eigene Kirche und blieb nach seinem Wiedereintritt 1894 auch eine selbständige Gemeinde. Zu Auseinandersetzungen kam es auch zwischen Augustenthal und Brüninghausen, bei denen es ebenfalls um den Standort der Kirche ging. Hier versuchte man mit allen und manchmal auch bedenklichen Tricks die Mehrheit bei den entsprechenden Abstimmungen der Gemeindeversammlung zu erlangen. So mußten bei der Gemeindeversammlung am 14. 2. 1907 22 Vollmachten vor der Abstimmung für ungültig erklärt werden, die dann nur eine Stimme Mehrheit für den Standort in Brüninghausen ergab⁵⁾. Proteste gegen diese Entscheidung folgten, und die Gegensätze verschärften sich. Erst ab Ende 1908 machte eine Annäherung der Standpunkte es möglich, die neue Gemeinde 1910 zu gründen⁶⁾. Nur für Brügge, das die Bauerschaften

Mintenbecke, Winkhausen und Brenscheid mit dem »Stationsort« Brügge umfaßte, ging die Verselbständigung vorerst ohne größere Komplikationen vor sich. Sie wurde »von den Evangelischen dieses Bezirks sehnlichst gewünscht...«).

Der Kapellenbezirk Loh

Zwischen den beiden neuen Kirchengemeinden Brüninghausen und Brügge erstreckte sich ein Gebiet, das von der industriellen Revolution in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts und den entstehenden Eisenbahnlinien nicht berührt wurde, deshalb auch kein Bevölkerungswachstum wie die anderen neuen Gemeinden verzeichnete und damit auch keinen natürlichen neuen Mittelpunkt bilden konnte. Hier blieb es bei den alten Siedlungen Brenscheid, Hellersen und Werkshagen, verstreut liegenden Gehöften und Häusern wie Piepersloh, Treckinghausen u.a. Es grenzte im Osten an die Gemeinde Herscheid, im Süden an Meinerzhagen, im Südwesten an Brügge, später Oberbrügge, im Westen und Nordwesten an die Stadt und im Norden an die neue Gemeinde Brüninghausen. Für eine eigene Kirchengemeinde war die Bevölkerung nicht zahlreich genug, andererseits aber waren die Entfernungen zu den neuen Gemeindezentren in Brügge und Brüninghausen und damit zu den dort entstehenden Kirchen, zu den neuen Friedhöfen und zum kirchlichen Unterricht ungewöhnlich groß. Es hätte nahe gelegen, diesen Teil der Landgemeinde bei der städtischen Kirchengemeinde zu belassen, denn die Stadtkirche in Lüdenscheid lag wesentlich näher, aber dazu hätte man wohl nicht die Zustimmung der weltlichen Behörde erhalten. Auch wäre dieser bäuerliche Bevölkerungsteil in einer von der Industrie geprägten Stadtgemeinde ein Fremdkörper geblieben. Bei der Aufteilung der Großgemeinde wurde daher dieses Gebiet den benachbarten Gemeinden Brüninghausen und Brügge zugewiesen. Offensichtlich war aber wohl auch die Gemeindevertretung in Lüdenscheid sich darüber im klaren, daß dies eine harte und für die Betroffenen ungünstige Regelung war, denn man versuchte, die dort wohnenden Gemeindeglieder, vor allem die in Brenscheid, die von den neuen so großen Entfernungen am meisten betroffen waren, dadurch zu gewinnen, daß man ihnen zusicherte, in der Nähe von Piepersloh auf der westlichen Seite der Straße nach der Homert »auf der Grenze des Volme- und Versebezirkes, damit dieselbe auch von dem am südlichsten liegenden Teile des Versebezirkes ohne Beschwerung benutzt werden kann,«) eine Kapelle zu bauen und einen Friedhof anzulegen). Die Muttergemeinde kam damit auch dem Wunsch der Brenscheider Bauern nach einem eigenen Kapellenbezirk entgegen, der von einem Hilfsprediger im gemeinschaftlichen Auftrag der neuen Kirchengemeinden Brügge und Brüninghausen versorgt werden sollte.

Bäuerliche Initiativen

Ein Teil der Bauerschaft Brenscheid wandte sich schon 1895 an die oberen Kirchenbehörden bis hin zum Minister der geistlichen Angelegenheiten in Berlin mit der dringenden Bitte, Brügge und Brüninghausen 1910 gemeinsam und gleichzeitig auszufarnen, damit sie auf diese Weise auch frühzeitiger die ihnen zugesagte Kapelle mit Friedhof bekämen, eine Lösung, die die Brenscheider der Anbindung an die Muttergemeinde und damit der Stadt vorgezogen hätten. Der Antrag wurde jedoch abschlägig beschieden und die Bauerschaft darauf hingewiesen, daß zuerst ein Baufonds für die Kapelle angesammelt werden müsse und der Bau nicht vor 1906, der vorgesehenen Ausfarnung des Versebezirkes, begonnen werden könne. Das Konsistorium in Münster teilte aber gleichzeitig mit: »Bis zur Fertigstellung der Kapelle und des Begräbnisplatzes verbleibt den Bewohnern der betreffenden Ortschaften, welche durch gute und nicht zu weite Wege mit der Stadt Lüdenscheid verbunden sind, ihre kirchlichen Bedürfnisse dort zu befriedigen, insbesondere ihre Kinder nach Lüdenscheid in den Katechumen- und Konfirmandenunterricht zu schicken und ihre Toten auf dem Friedhofe in Lüdenscheid zu bestatten. Die kirchlichen Ge-

meindeorgane haben sich hiermit einverstanden erklärt«).

Diese Formulierung sollte in den Auseinandersetzungen der Jahre nach 1906 eine besondere Rolle spielen¹⁰⁾. 1908 verlangte die Muttergemeinde Lüdenscheid von der neuen Gemeinde Brügge, die – solange eine Kirchengemeinde Brüninghausen noch nicht existierte – für den Kapellenbezirk allein zuständig war, eine jährliche Vergütung der Kosten, die ihr durch die weitere Versorgung des Kapellenbezirkes entstanden. Als Brügge dies ablehnte, hörte die Gemeinde Lüdenscheid Ostern 1908 mit der weiteren kirchlichen Versorgung des Kapellenbezirkes auf, d.h. sie erteilte keinen kirchlichen Unterricht mehr und führte auch keine Taufen und Beerdigungen mehr durch. Dies stieß auf den entschiedenen Widerstand der Brenscheider Bauern. Sie beschwerten sich beim Konsistorium in Münster mit der Bitte, »diesem ungehörigen Zustande, der unsere religiösen Gefühle aufs Tiefste verletzt, sofort ein Ende zu machen... Es kann uns nicht zugemutet werden, unsere Kinder nach Brüninghausen oder Brügge in den (kirchlichen) Unterricht zu schicken, denn die Entfernungen sind zu groß, die Wege zu schlecht und im Winter teilweise unpassierbar, und vor allem wollen und können wir nicht auf die uns im Schreiben vom 10. Juli 1895 vorbehaltenen Rechte verzichten¹¹⁾. Es zeigte sich, daß das Konsistorium in diesem Schreiben einen entscheidenden Passus aus dem Protokoll der größeren Gemeindevertretung in Lüdenscheid übersehen hatte. Es hieß dort, daß die kirchliche Versorgung des Kapellenbezirkes von Lüdenscheid »bis auf weiteres, resp. bis zur Fertigstellung der Kapelle, jedoch bis spätestens 1906,« übernommen würde¹²⁾. Die Bauern in Brenscheid lehnten in ihrer Erwiderung diese erst spät, 1911¹³⁾, erfolgende Richtigstellung durch das Konsistorium ab. Sie beriefen sich zu Recht darauf, daß die eindeutige Formulierung im Schreiben des Konsistoriums v. 10. 7. 1895 diese zeitliche Einschränkung nicht erwähnte und sie ihm auch nicht anderweitig zugeleitet worden sei. Da das Konsistorium die höhere Behörde sei, begründe sein Schreiben einen Rechtsanspruch und komme einer Korrektur des Beschlusses der größeren Gemeindevertretung gleich, den es ja offensichtlich gekannt habe. Und dann hieß es noch deutlicher: »...wir sind nicht gewillt, auch nur eines unserer Rechte aufzugeben«. Sie wollten jedoch ihre Kinder zum kirchlichen Unterricht in die Schule Spielwigge schicken, »sobald wir die Gewißheit haben, daß die Konfirmation in der Mutterkirche zu Lüdenscheid oder in dem Unterrichtslokale stattfindet... Wir bitten... das Kgl. Konsistorium nunmehr zum letzten Mal...; dafür Sorge tragen zu wollen, daß endlich die uns zugesicherten Rechte zur Ausführung kommen... wir glauben nicht, daß es im Deutschen Reiche einen Bezirk giebt, der augenblicklich so wie der Brenscheider Bezirk ohne jede kirchliche Versorgung ist¹⁴⁾. Die Antwort des Konsistoriums bestand darin, eine Hilfspredigerstelle in Aussicht zu stellen. Von dem Bau der Kapelle und der Anlage des Friedhofs war keine Rede mehr.

Der »Kirchenstreit«

Damit war es zum offenen Konflikt gekommen, ohne Zweifel hervorgerufen durch das ungeschickte Taktieren der kirchlichen Behörden. Sie ließen sich mehr von fiskalischen Grundsätzen leiten als vom menschlichen Verständnis für die berechtigten Wünsche der Brenscheider. Andererseits spielte natürlich auch die typisch sauerländische Hartnäckigkeit und Dickköpfigkeit der bäuerlichen Bevölkerung eine nicht geringe Rolle. Zwar hatte sich der Brügger Pfarrer 1910 bereit erklärt, zur Erteilung des kirchlichen Unterrichts in die Schule Spielwigge zu kommen. Der Unterricht wurde jedoch von den Brenscheider Eltern boykottiert, als sie hörten, daß die Konfirmation dann in der Brügger Kirche stattfinden sollte. Die Gemeinde Brüninghausen ihrerseits lehnte nach ihrer Gründung 1910 jede kirchliche Versorgung ab. Es gab keinen kirchlichen Unterricht, keine Taufen, keine kirchlichen Beerdigungen mehr, ein für die bäuerliche Bevölkerung und ihre Treue zur Kirche wahrhaft un-

möglicher Zustand, bei dem alle überlieferten Bindungen einzustürzen drohten. Die Fronten waren so verhärtet, daß ein Kind im Alter von fast 5 Monaten noch nicht getauft war, weil die Eltern die Taufe durch den Brügger Pfarrer ablehnten. Verstorbene konnten nur dann auf dem Friedhof in Lüdenscheid beigesetzt werden, wenn Verwandte oder gute Bekannte, die Bürger der Stadt waren, ihnen einen Platz auf ihrer Begräbnisstelle auf dem Lüdenscheider Friedhof einräumten.

Wie sie angekündigt hatten, beschwerten sich die Brenscheider Bauern jetzt (im Januar 1912) beim Minister in Berlin. Mehrere Entwürfe dazu sind im Archiv der Kirchengemeinde Hellersen-Loh enthalten. In ihnen wird deutlich, welche tiefen Wunden der Kirchenstreit gerissen hatte: »...viele Eingesessene unserer Bauernschaft... (sind) oft hoch erregt gewesen...«. Die Beschwerde weist dann auf die Folgen hin, die die harte Haltung der Muttergemeinde und der Gemeinde Brüninghausen für die innere Einstellung der Brenscheider Bauern zu Kirche und Staat zeige: »... es ist unbegreiflich, und das Herz sollte einem aus dem Leibe springen, wie wir, als ländliche Besitzer und noch auf dem festen Boden der Religion stehend, worauf das Fundament zur Erhaltung der Monarchie und des Vaterlandes gelegt, von der Kirchenbehörde Jahre lang hin und her getrieben werden... Werden durch solche Zustände die junge Generation und deren Kinder nicht zum Abfall (von) der Religion getrieben (und)... mit in den Strom der roten Flut, der Sozialdemokratie, gezogen...; die... die Monarchie und das Vaterland zum Falle (zu) bringen sucht?« Die noch in der Tradition der Einheit von Staat und Kirche, von Thron und Altar stehenden Bauern wurden in ihrem Glauben irre, und wie ihre Verbundenheit mit der Kirche, so litt auch die Liebe zur Monarchie und zum Vaterland. Berlin antwortete, daß die Hilfspredigerstelle im Kapellenbezirk am 17. 4. 1912 eingerichtet und der Bau der Kapelle beraten würde. Bis dahin sollten die Gottesdienste in den Schulen Spielwigge und Bierbaum stattfinden. Zum Bau der Kapelle kam es aber nicht mehr, und der Friedhof wurde als Waldfriedhof von der weltlichen Gemeinde, dem Amt Lüdenscheid, angelegt. Brüninghausen und Brügge (Oberbrügge) übernahmen die kirchliche Versorgung des Kapellenbezirkes, wobei die Straße von der Höhe nach Treckinghausen die grobe Trennungslinie bildete. Es bestand aber ein Verwaltungspresbyterium aus einigen Gemeindegliedern des Bezirks, das jedoch nur ein Schattendasein führte.

Die heutige Gemeinde Hellersen-Loh

Der Wunsch nach einer Kapelle ruhte nicht. Er sollte jedoch erst nach dem 2. Weltkrieg verwirklicht werden. Als nach 1945 die Kasernen in Hellersen einer neuen Bestimmung als Kreiskrankenhaus zugeführt wurden, lag es nahe, die sich in Piepersloh und am Bierbaumer Kopf neu entwickelnden Siedlungen mit der seelsorgerlichen Betreuung des Krankenhauses zu einer neuen evgl. Gemeinde zu verbinden, die sich ihrer räumlichen Ausdehnung entsprechend »Hellersen-Loh« nannte. Aber schon nach wenigen Jahren beanspruchte die stark ansteigende Besiedlung die volle Kraft des Pfarrers. Die Seelsorge im Kreiskrankenhaus mußte daher wieder abgegeben werden. Eine besondere Rolle spielte die Frage, wo Kirche und Pfarrhaus, der Mittelpunkt der neuen Gemeinde, errichtet werden sollten. Es war verständlich, daß die Mitglieder des Presbyteriums, die aus der bäuerlichen Bevölkerung um den Waldfriedhof Loh kamen, gern den Bau der Kirche auf dem seit Ende des 19. Jahrhunderts dafür vorgesehenen Platz in der Nähe des Friedhofs gesehen hätten. Sie verschlossen sich aber dann doch nicht der Einsicht, daß der Standort der Kirche und damit des Pfarrhauses in und nicht abseits vom Schwerpunkt der Besiedlung, als der sich immer mehr der Bierbaumer Kopf herausstellte, sein mußte. So wurde dort die Apostelkirche gebaut und am 1. Advent (29. Nov.) des Jahres 1959 eingeweiht. Der Streit um den Kapellenbezirk Loh war damit zu einem Ende gekommen, sicherlich

nicht ohne eine gewisse Resignation in der bäuerlichen Bevölkerung, die immer deutlicher sah, daß sie sich gegen die rasch weiter um sich greifende Stadt nicht länger wehren konnte.

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Quellen: Archiv der Evgl. Kirchengemeinde Lüdenscheld (Evgl. KG Lüd.), Archiv der Evgl. Kirchengemeinde Hellersen-Loh.

B. Literatur: G. Deitenbeck: Geschichte der Stadt Lüdenscheld 1813-1914. Lüdenscheld 1985

- 1) s. mein Buch »Geschichte der Stadt Lüdenscheld 1813-1914«, 2) a. a. O., Anhang Nr. 1 (S. 302 ff).
- 3) Evgl. KG Lüd.: Prot. Presb. v. 28. 7. 1884. Die folgenden Anmerkungen entstammen alle den Akten im Archiv der KG Hellersen-Loh.
- 4) Antrag des Presb. in Lüd. v. 19. 2. 1885 u. Beschluß der größ. Gemeindevertr. v. 5. 3. 1885.
- 5) Beschluß des Presb. Lüd. v. 14. 12. 1908.

- 6) Schreiben des Kons. Münster v. 10. 7. 1895.
- 7) Schreiben des Kons. in Münster v. 10. 7. 1895.
- 8) Beschluß der größ. Gemeindevertr. Lüd. v. 22. 4. 1895.
- 9) wie Anm. 7
- 10) Anhörungstermin in Brüninghausen v. 14. 2. 1907.
- 11) Eingabe an das Kons. v. 24. 7. 1908.
- 12) Prot. d. größ. Gemeindevertr. v. 22. 4. 1895 (Satzteil von mir hervorgehoben).
- 13) Antwort des Kons. v. 17. 2. 1911.
- 14) Eingabe an das Kons. v. 6. 3. 1911.

Vom Beginn der Jugendarbeit und des Schulbetriebs in den Notjahren 1945-1948



Dieter Schmale

Geb. 15. 4. 34 in Lüdenscheld, verheiratet, 3 Kinder, nach Schulbesuch Ausbildung und Tätigkeit in der hiesigen Industrie, Studium am Sozialpädagogischen Seminar Dortmund, mehrjährige Tätigkeit als Sozialarbeiter, Studium an der Pädagogischen Hochschule Ruhr, Abt. Hagen, Konrektor an der Grundschule Bierbaum, Lüdenscheld

Im Jahre 1971 verfaßte ich eine Examensarbeit unter dem Thema »Lüdenscheld in den Notjahren 1945-1948«. Der größte Teil meiner Arbeit erschien in den Ausgaben Nr. 61 bis Nr. 63 des Reidemeisters.

Der nachstehende Beitrag ist ein kleiner Ausschnitt aus meiner Arbeit und wurde bisher noch nicht veröffentlicht.

Das Jahr 1945 brachte für Deutschland den totalen Zusammenbruch aller staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Es war eine Katastrophe, deren Ausmaß die Nachkriegsgeneration nicht ermessen kann. In unserem Lande lief so gut wie nichts mehr. Überall mußte beim Nullpunkt wieder ganz neu begonnen werden.

Das galt auch für die Stadt Lüdenscheld. Hier waren die Verhältnisse besser als in den meisten deutschen Städten, weil die Stadt durch Kriegseinwirkungen weniger gelitten hatte.

Zu den Belastungen aus dem verlorenen Krieg hatten die Männer und Frauen, die in der »ersten Stunde« die Verantwortung für den Wiederaufbau übernahmen, auch noch die Kontrolle der von den alliierten Siegermächten eingesetzten Militär-Regierung zu ertragen. Ohne die Genehmigung der Militär-Regierung

lief praktisch auf keinem Gebiet neues Leben an.

Nach dem Willen der Siegermächte sollte das deutsche Volk nach dem 12jährigen Regime des Nationalsozialismus zur Demokratie »umgezogen« werden. Für diese Aufgabe war auch die Militär-Regierung zuständig.

Im Rahmen der Umerziehung zur Demokratie wandte die Militär-Regierung der Jugendarbeit besonderes Interesse zu. Sie überwachte und förderte die Einrichtungen für die Jugendarbeit soweit es in ihren Kräften stand. Wie alle anderen Organisationen mußten auch die Jugendverbände vor einer Neugründung die Genehmigung der Militär-Regierung einholen. Die Leiter der Verbände und Gruppen hatten eine einwandfreie politische Vergangenheit nachzuweisen).

Das Interesse der Militär-Regierung für die Jugendarbeit ist damit zu erklären, daß die Jugendlichen weitgehend nur die NS-Ideologie kannten, deren Ziele körperliche Ertüchtigung, Wehrtüchtigkeit und Erziehung zur NSDAP hin waren. Mit dem Eintritt in das »Jungvolk« bzw. in den »BDM« begann für die deutschen Jungen und Mädchen ein Weg, der durch verschiedene, nach Altersgruppen eingeteilte Organisationen direkt in die Parteiverbände führte. Die Aufgabe der Jugendarbeit nach dem Kriege war, diese Jugend zu sammeln und für eine neue demokratische Lebensgemeinschaft zu gewinnen. Da für diese Aufgaben in Lüdenscheld amtliche Stellen zunächst (noch) nicht vorhanden waren, nahmen sich ehrenamtliche Helfer dieser Aufgaben an. Es entfaltete sich bald eine rege Jugendarbeit in verschiedenen weltanschaulichen und politischen Verbänden und Organisationen.

In Lüdenscheld ergriffen Mitglieder der vor 1933 bestehenden Jugendverbände schon sehr früh die Initiative und schlossen sich bereits eine Woche nach dem Einmarsch der Amerikaner zur »Jugendbewegung« zusammen. Es waren Erwachsene, die im 3. Reich auf Grund ihrer weltanschaulichen und politischen Haltung nicht gefragt waren und die jetzt wieder an die Traditionen der vor 1933 bestehenden Jugendarbeit anknüpften. Lüdenscheld war wahrscheinlich der erste Ort in Deutschland, in dem sich wieder neues Leben in der Jugendbewegung regte. Die Begründer kamen aus eigenem Antrieb, ohne Befehl »von oben«, wieder zusammen. Ihr Ziel war nicht, die »blaue Blume« einer neuen Jugendbewegung zu finden, sondern praktische Hilfen für die Jugend in der Notzeit zu leisten. Nach längeren, aber erfolgreichen Verhandlungen mit der Militär-Regierung entstanden in der Umgebung von Lüdenscheld Erholungsheime für Kinder und Jugendliche. Bis zum August 1946 konnten hier 1700 Kinder und Jugendliche in 45 Kuren von je 4 Wochen Dauer Erholung finden. In Anbetracht der katastrophalen Ernährungslage waren diese Kuren ein unschätzbare Beitrag zur Abwehr von Unterernährung und den daraus entstehenden Körperschäden. Der Erfolg dieser Kurcn war aber nicht nur gesundheitlicher Natur. Sie wurden im Geiste der Jugendbewegung durchgeführt und sollten einer geistigen, kulturellen und weltanschaulichen Erziehungsarbeit die-

nen und der künftigen demokratischen Lebensordnung den Weg bereiten helfen).

Im Sommer 1945 erließ die Stadtverwaltung einen Aufruf, der sich in erster Linie an die Jugendlichen wandte und zur Mithilfe bei der Bebauung von Grünflächen zur Sicherung der Ernährung aufforderte. Es halfen insgesamt 3000 Jugendliche bei dieser Aktion mit. Die Arbeiten hatten nicht nur einen wirtschaftlichen Wert, sondern verhalfen über eine längere Zeit den Jugendlichen, die nicht wieder in die Schule oder zu ihrer Arbeitsstelle gehen konnten, zu einer sinnvollen Betätigung).

Die jugendpflegerische Tätigkeit nahm im Sommer 1945 einen großen Aufschwung. Im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße kamen ca. 1000 Jugendliche in über 50 Arbeitsgemeinschaften zusammen. Die Begeisterung war so groß, daß man hier und da mit den Arbeitsgemeinschaften begann, bevor überhaupt die Genehmigung der Militär-Regierung vorlag. Leider mußte diese vielversprechende Arbeit nach einigen Monaten aufgegeben werden, weil die Stadt das Jugendheim zur Unterbringung von Flüchtlingen brauchte. Von den Arbeitsgemeinschaften konnte nur die Musiziergruppe von Studienrat Wilhelm bestehen bleiben, die auch außerhalb Lüdenschelds bei verschiedenen Anlässen auftrat).

Es entstanden nun auch in den kirchlichen und politischen Organisationen Jugendgruppen, die sich zeitweise gemeinsam in der »Märkischen Jugend« zusammenschlossen. Zu der »Märkischen Jugend« gehörten im Sommer 1946 u. a. breits 22 Gruppen der Evangelischen Jugend und 8 Gruppen der Katholischen Jugend. Von den politischen Gruppen hatten die »FDJ« und die »Falken« ihre Mitgliedschaft angemeldet).

Die Volkshochschule eröffnete im März 1947 ein »Jugendparlament«, um die Jugend in die Aufgaben und Formen der bürgerlichen Selbstverwaltung einzuführen. Zu dem Jugendparlament gehörten 38 Beauftragte aus 15 Organisationen. Bei der Eröffnungsversammlung waren Vertreter der Militär-Regierung und der Stadtvertretung zugegen. Das besondere Interesse der Militär-Regierung wird durch die Anwesenheit des Kreisoffiziers, Major Mirylees, deutlich, der die Schirmherrschaft übernahm. Er erklärte in der Eröffnungsansprache, daß das Jugendparlament die Möglichkeit der Jugend sei, sich selbst den Weg aus den Schwierigkeiten zu suchen. Für die Stadtverwaltung ergriff Oberbürgermeister Hueck das Wort und sagte u. a., daß der Plan zu diesem Parlament die Lösung von der Parteipolitik bedeute und betone. Die Mitglieder sollten sich nur auf die Person und die sachliche Meinung des Anderen einstellen und lernen, seine Herkunft, Lebensart und Weltanschauung zu achten). Das Jugendparlament bestand nur ein Jahr. Es wurde abgelöst durch den »Jugendring«, der aus je zwei Vertretern der Jugendverbände besteht. In ihm werden die gemeinsamen Aufgaben der Jugendpflege besprochen und geklärt).

Im Mai 1948 stellte die Stadt Lüdenscheld einen hauptamtlichen Jugendpfleger mit fachlicher Vorbildung und Eignung ein. Aus dem Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1948 ergeben sich folgende Zahlen für die Jugendarbeit in Lüdenscheld:

Jugendverbände	Gruppen	Mitglieder
Evangelische Jugend	36	1021
Katholische Jugend	22	423
Die »Falken« (soz. Jugend)	4	229
Gewerkschaftsjugend	6	180
Turn- und Sportvereine	45	2535
Andere Jugendgruppen	8	250
	zus.	121 4638

Ungeachtet der Notzeit entstand in Lüdenscheid eine rege Tätigkeit in den Jugendgruppen, wobei auch die Sportjugend mit einbezogen war. Da ich 1949 Mitglied einer Gruppe in der Evangelischen Jugend wurde und dort seit 1952 Gruppenleiter war, konnte ich mir schon damals durch Gespräche mit anderen Gruppenleitern einen Überblick über die Entwicklung in Lüdenscheid verschaffen. An die Seite der Neugründer kamen bald auch Kriegsheimkehrer, die ihre Resignation überwand und zur Mitarbeit bereit waren. Soweit sie vorher Führer in der HJ waren, versuchten sie m. W. nie, rechtsradikale Impulse in die Jugendarbeit einzutragen, sondern arbeiteten im Sinne der neuen demokratischen Ordnung mit. Die Lüdenscheider Jugend überwand in der Zeit nach dem Zusammenbruch die Einflüsse der NS-Ideologie in jeder Weise. Sie verstand es, ihre Aufgaben im Sinne der bürgerlichen Selbstverwaltung wahrzunehmen. Die Notjahre brachten manche äußere Schwierigkeiten mit sich, sie brachten die Jugend aber auch dazu, Aufgaben zu erkennen und zu bewältigen.

Seit den Wintermonaten des Jahres 1945 war kein planmäßiger Schulbetrieb mehr möglich. Die zunehmenden Fliegeralarme störten den Ablauf des Unterrichts derart, daß etwa ab Februar der Unterricht eingestellt wurde oder nur noch stundenweise stattfand.

Als nach Kriegsende auch in Lüdenscheid allmählich wieder Ruhe und Ordnung einkehrten, war es trotzdem längere Zeit nicht möglich, den Unterricht in den Schulen und für alle

Jahrgänge wieder aufzunehmen. Einige Schulen konnten nicht benutzt werden, da sie Beschädigungen aufwiesen oder als Lazarett bzw. Flüchtlingslager eingerichtet waren. Die übrigen Schulgebäude waren wochenlang von Truppen belegt und nach dem Abzug völlig verschmutzt und verwahrlost).

Der Stadtverwaltung gelang es nach vielen Bemühungen, die Schulen nach und nach wieder zu eröffnen. Dies zog sich über einen längeren Zeitraum hin:

- 19. 9. 45: Die 4 Grundschulklassen nehmen den Unterricht wieder auf.
- 7. 1. 46: Die Realschule nimmt den Unterricht wieder auf.
- 4. 3. 46: Die Oberschulen für Jungen und Mädchen nehmen den Unterricht wieder auf.

Für die Volksschulen war die Frage zu klären, ob sie als Bekenntnisschulen oder als Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden sollten. Die überwiegende Mehrheit der Eltern entschied sich für die Bekenntnisschule. Im Frühjahr 1946 unterrichteten 52 Lehrkräfte die in 83 Klassen untergebrachten 4598 Volksschüler in Lüdenscheid. Aus politischen Gründen waren 7 Lehrkräfte vorläufig entlassen).

Die Schülerzahl erhöhte sich von 1945–48 durch starke Geburtenjahrgänge und Bevölkerungszunahme um 45%. Da es an Räumen fehlte, um diesen Zusachs aufzufangen, mußte in allen Volksschulen in zwei Schichten unterrichtet werden. Im Jahre 1948 plante die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Regierung den ersten Schulneubau nach dem Kriege¹⁰⁾.

Auf Betreiben des Schulrates Hasseberg und der Stadtverwaltung richtete die Regierung in Lüdenscheid eine Pädagogische Akademie ein. Die Stadt stellte hierfür das stark beschädigte Gebäude der Westschule zur Verfügung, das mit Hilfe eines studentischen Werkdienstes notdürftig ausgebaut wurde. Am 12. 12. 46 und 23. 4. 47 begannen je 135 Studierende ihr Studium. Die Leitung der Akademie übernahm

der zum Rektor und Professor ernannte bisherige Schulrat Hasseberg. Die Pädagogische Akademie bestand bis zum Frühjahr 1952. Von 1945–1952 befand sich auch die Pädagogische Zentralbücherei des Landes NRW in Lüdenscheid. Sie wurde von hier aus wieder nach Dortmund verlegt¹¹⁾.

Alle Schulen begannen ihren Unterricht unter großen materiellen Schwierigkeiten. Von einem normalen Schulbetrieb konnte lange Zeit keine Rede sein. In den Wintermonaten fiel der Unterricht für mehrere Monate wegen Brennstoffmangel gänzlich aus. Raummangel, fehlende Lehr- und Lernmittel und zu wenig Lehrer für zu viel Schüler kennzeichneten den Schulbetrieb in den Notjahren. Ein Teil der Lehrer konnte wegen NSDAP-Zugehörigkeit den Dienst nicht wieder sofort aufnehmen. Die wenigen verfügbaren Lehrer unterzog die Militärregierung eine strengen Kontrolle¹²⁾.

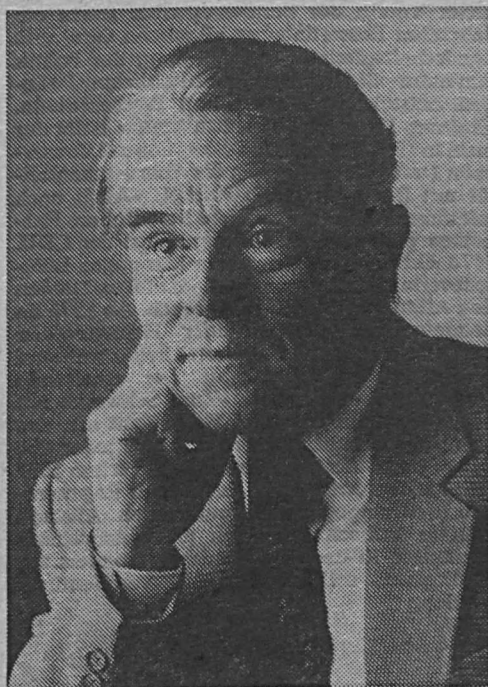
Erklärungen

- Jungvolk = Organisierte Staatsjugend der NSDAP für die 10- bis 14jährigen Jungen
- HJ = Hitlerjugend – Fortführung der Arbeit des Jungvolks für die 14- bis 18jährigen Jungen
- BDM = Bund Deutscher Mädchen – die der Hitlerjugend entsprechende Organisation für 10- bis 18jährige Mädchen
- Mitgliedschaft in diesen Organisationen war für alle deutschen Jungen und Mädchen Pflicht.
- FDJ = Freie Deutsche Jugend, entstand nach dem Zusammenbruch
- Falken = Jugendgruppe aus dem sozialistischen Bereich

Quellennachweis

- 1) Vgl. Zuncke, Willy, Lüdenscheid 1941–1948 Verwaltungsbericht für die Zeit vom 1. April 1941 – 31. März 1949 Herausgegeben im Auftrage der Stadtverwaltung Lüdenscheid im Jahre 1958
- 2) Vgl. Amtliche Bekanntmachungen (AB) Nr. 90 vom 10. 8. 46 – Bericht von Rudolf Heinke
- 3) Vgl. AB – Nr. 4 vom 26. 4. 45
- 4) Vgl. AB – Nr. 90 vom 10. 8. 46 a.a.O.
- 5) Vgl. AB – Nr. 125 vom 12. 4. 47
- 6) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941–1948, S. 59
- 7) Vgl. ebd., S. 59
- 8) Vgl. ebd., S. 53
- 9) Vgl. Verwaltungsbericht für das Jahr 1945 der Stadtverwaltung Lüdenscheid
- 10) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1945–1948, S. 53
- 11) Vgl. Zuncke, a.a.O., S. 53
- 12) Vgl. Zuncke, a.a.O., S. 54

Süddeutschland beginnt in Lüdenscheid



Günter Rosenbohm

Geboren am 22. Februar 1923 in Oldenburg (Oldg.); seit 1935 – infolge Versetzung des Vaters – Münsteraner; 1940 Abitur; Oktober/

November 1940 Einberufung zum Reichsarbeitsdienst und von Dezember 1940 bis August 1945 zur Wehrmacht; Artillerie; viermal verwundet.

September 1945 bis Mai 1946: Praktikant bei einer Baufirma in Münster. 1946 bis 1950: Studium der Mathematik, Physik, Geographie, Geologie und Mathematischen Logik in Münster.

1951: Erstes Staatsexamen; 1951/52 Referendar am Gymnasium Laurentianum in Warendorf. 1952: Promotion zum Dr. rer. nat., Dissertation: Siedlung und Wirtschaft auf Sand und Klei, erläutert am Meßtischblatt Warendorf. 1952/53 Referendar im Studienseminar und am Ratsgymnasium in Münster. Seit 4. 11. 1953 Lüdenscheider; bis 1973 Lehrer für Mathematik und Erdkunde am Zeppelin-Gymnasium. Seit 1954 verheiratet mit der damaligen Lehrerin Brunhilde Göpfert, ein Sohn und eine Tochter.

1972 Übernahme einer Dozentur für »Geographie und ihre Didaktik« an der Pädagogischen Hochschule Ruhr, Abt. Dortmund, und ab 1980 an der Universität Dortmund. Lehr- und Forschungsgebiete (in Klammern Schwerpunkte): Physische Geographie (Geomorphologie und Klimageographie), Anthropogeographie (Siedlungsgeographie), Regionale Geographie (Mitteleuropa, Nordamerika, Großraumstaaten), Didaktik und Methodik der Geographie (Entwicklung und Erprobung geographischer Lehr- und Lerneinheiten), Mitarbeiter am erdkundlichen Unterrichtswerk »Blickpunkt Welt« und an den Handbüchern zu den Alexander-Weltatlanten; mehr als fünfzig Veröffentlichungen.

Lüdenscheid ragt mit seinem südlichen Flächenzügel zwischen Hottelbruch und Neuemühle südlich des Verestausees von Norddeutschland nach Süddeutschland hinein. Dies ist ein Ergebnis der kommunalen Neugliederung unseres Raumes im Jahre 1969. Damals wurden große Teile der bis dahin selbständigen Gemeinde Lüdenscheid-Land mit der Stadt Lüdenscheid vereinigt und damit die Grenzen dieser nun einwohnerzahlen- und flächenmäßig größeren Stadt über den mittleren Breitenkreis Deutschlands hinaus nach Süden verlegt.

Unter Deutschland werden hier die Verwaltungsgebiete der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik verstanden, unter Norddeutschland der Raum Deutschland nördlich des mittleren Breitenkreises Deutschlands und unter Süddeutschland der entsprechende südlich dieses Breitenkreises. Meine Vermutung war es seit längerem, daß dieser Breitenkreis über Lüdenscheider Gebiet verlaufe.

Man wird nun fragen: Wo verläuft er? Welche geographische Breite hat er? Zur Beantwortung ist es notwendig, die geographischen Breiten des nördlichsten und südlichsten Punktes Deutschlands festzustellen. Der nördlichste (Land-)Punkt Deutschlands liegt an der Nordküste von Sylt. Er hat die geographische Breite 55° 3' 31" Nord.

Der südlichste befindet sich am Haldenwanger Eck in den Allgäuer Alpen. Er hat die

geographische Breite 47° 16' 15" Nord. Die halbe Differenz beider Breiten ergibt 3° 53' 38". Addiert man diese zur Breite des südlichsten Punktes, so erhält man die geographische Breite des mittleren Breitengrades Deutschlands: 51° 9' 53". Das gleiche Ergebnis würde man durch Subtraktion der halben Differenz von der Breite des nördlichsten Punktes erzielen.

Dieser mittlere Breitenkreis verläuft auf Lüdenscheider Gebiet 175 m südlich von Hottebruch, über den Südhang des Griesing (503 m ü. NN.) – 100 m von dessen Gipfel entfernt – 200 m nördlich von Stillebeul, 750 m nördlich von Neuemühle noch gerade durch den Südzipfel des Versestausees – 50 m nördlich des Zuflusses der Verse – und östlich weiter über Herscheider Gebiet: 200 m nördlich von Stottmert, am Südrand von Dürhöhlen entlang, 50 m südlich von Katerlöh und 50 m südwestlich der Straßengabel Reblin – Herscheid/Plettenberg. Auf Plettenberger Gebiet quert er den Südwestteil der Oestertalsperre und dann schon bald – südlich von Lettmecke – die Grenze zwischen dem Märkischen Kreis und dem Kreis Olpe.

250 m südwestlich von Hottebruch erreicht der Breitenkreis Kiersper Gebiet, quert 150 m westlich davon die Autobahn Sauerlandlinie und weiter westlich – zwischen Jubach und Brake – den Jubachstausee, schneidet Hüttenbruch im Volmetal, Vornholt und Romberg, Hagebüchen und zwischen Anschlag, Berken, Wiebusch und Forste viermal die westfälisch-rheinische Grenze zwischen dem Märkischen und dem Oberbergischen Kreis.

Hottebruch ist hiernach der südlichste Ortsteil Lüdenscheids in Norddeutschland und Stillebeul der nördlichste – und einzige – in Süddeutschland. Im Nachbarbereich von Herscheid liegen Nümmert (585 m), Herveler Kopf

(547 m) und Nordhelle (663 m, höchste Erhebung im Märkischen Kreis), Reblin und Kiesbert bereits auf süddeutschem Territorium. Von den Stauseen ist in unserem Raum der landschaftlich schön gelegene Fürwiggstausee der nördlichste in Süddeutschland; Verse-, Oester- und Jubachstausee haben Seeflächen beiderseits des mittleren Breitenkreises.

Neben Lüdenscheid und Herscheid sind die märkischen Städte Plettenberg, Kierspe und Halver in ähnlicher Situation und haben Stadtbereiche in Nord- und Süddeutschland. Völlig süddeutsch ist die Stadt Meinerzhagen. Ihr nördlichster Ortsteil Werkshagen liegt noch rund 1000 m südlich des mittleren Breitenkreises Deutschlands.

So ergibt sich, daß Lüdenscheid innerhalb der Bundesrepublik zwischen Nord und Süd eine recht zentrale Lage besitzt. Die Verdichtungsräume im Osten und Süden – Kassel, Siegen, Koblenz, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Saar bis hin nach Freiburg, München und Nürnberg – sind von Lüdenscheid aus auf dem gut ausgebauten Autobahn- und Straßennetz ebenso schnell zu erreichen wie diejenigen im Westen und Norden: Aachen, Rhein-Ruhr und die von dort ausgehenden »Verdichtungsbänder« Bielefeld-Herford, Hannover, Braunschweig und Münster, Osnabrück, Bremen/Bremerhaven, Hamburg, Lübeck, Kiel.

Nahezu ideal-zentral und landschaftlich-optimal liegen in der Nähe der südlichsten Autobahn-Anschlußstelle Norddeutschlands – Lüdenscheid-Süd – die Krankenhäuser in Hellersen mit einem zum Teil heute schon überregionalen – Krankenhaus für Sportverletzte – Einzugs-/Versorgungsbereich.

Lüdenscheids zentrale Lage ist sicherlich auch in Zukunft in Verbindung mit der land-

schaftlichen Vielfalt und den günstigen Autobahnanschlüssen für weitere Dienstleistungs- und Industrieunternehmen mit großen Einzugs-/Versorgungsbereichen attraktiv. Besonders die »Magnetwirkung« der Autobahn-Anschlußstellen, auch sichtbar an der nördlichsten Anschlußstelle in Süddeutschland – Meinerzhagen – wird weiterhin anhalten und sich vielleicht noch verstärken.

Die hier günstig gelegenen Betriebe unterschiedlichster Funktion haben die Möglichkeit, werbewirksam auf ihre Lagegunst am mittleren Breitenkreis Deutschlands hinzuweisen.

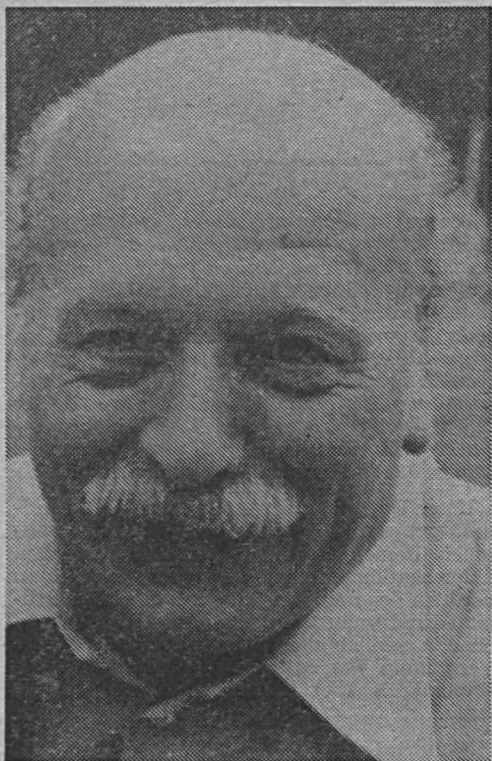
Lehrreich wäre zudem die Aufstellung eines Schildes an der Autobahn Sauerlandlinie, A 45, bei Hottebruch mit dem Hinweis auf den Breitenkreis und den Beginn von Nord- bzw. Süddeutschland. Möglich sind auch Tafeln und Markierungsstriche an geeigneten Stellen: auf Straßen, Wegen und Wanderparkplätzen.

Anzumerken ist außerdem, daß statt der anfangs gemachten Behauptung »Süddeutschland beginnt in Lüdenscheid« die Aussagen »Süddeutschland endet (zum Teil) in Lüdenscheid« oder »Norddeutschland beginnt in L.« ebenso richtig sind. Entsprechende Aussagen lassen sich überdies für alle deutschen Orte in ähnlicher Breitenlage wie Lüdenscheid machen.

Abschließend kann man feststellen, daß ein Ereignis aus der jüngeren Geschichte Lüdenscheids, die kommunale Neugliederung im Jahre 1969, die Geographie der Stadt ein wenig verändert hat; denn nun gilt für Lüdenscheid der Spruch: Süddeutschland beginnt bei Hottebruch.

Quellen:
Topographische Karten 1:25 000, Blätter List (Insel Sylt), Meinerzhagen, Herscheid, Biberkopf.
Kreiskarte 1:50 000, Märkischer Kreis.

Ein weiterer Mitarbeiter unserer Zeitschrift



Hans Matthies

Am 2. 1. 1915 geboren im mitteldeutschen Zeitz bei Naumburg. Dort hatte schon vor 1000 ein Bischof der »Mark Zeitz« gegen die slawischen Wenden gewirkt. Denen entstammt die Mutter, den flämischen Einwanderern der Vater. Dieser wies Mathies als Erbrichter bis 1505 nach. Nach Abitur in Zeitz und Studium an der Hochschule für Lehrerbildung Cottbus mit Examensarbeit zur Bau- und Stadtmauergeschichte von Zeitz. Acht Wehrjahre und 1944 Gefangenschaft vor Hauptmannsrang. Doch Lüdenscheid schon 1941 erlebt als Offizier und Adjutant beim Flak-Aufbau. Von hierher auch seine Frau. Drei erwachsene Söhne inzwischen Akademiker. Nachkriegsstudium der Architektur in Aachen mit den Professoren Bundestagsarchitekt Dr. Schwippert, Rheinbrückenerbauer Dr. Mehrrens, Baugeschichtler Dr. Otto Gruber. Dieser erkannte in Lüdenscheids Erlöserkirchenturm ein Michael-Heiligtum. 1951 beschrieben und 1972 die Vorgängerkirche als Basilika ergraben, gezeichnet und gedruckt. Dann Architekt in Hagen/Arnsberg. 1953 in Lüdenscheid eigenes Büro mit Ernst Mombächer. In 15 Jahren exklusive Wohnhäuser und kirchliche Bauten geschaffen: Neheims Belgierkirche, Lüdenscheids Biebaum-Kirche samt Pfarrhaus und Loher Kapelle, Kierspes Friedhofskirche und Turm der Christuskirche. An Lüdenscheids Schützenhalle 1956 der Vorbau und 1975 ihre Kegelbahn. Zugleich das englische Oberhaus

als Vorbild der Halle erforscht. 1984 in »Der Reidemeister« Richtigstellung der Geschichte märkischer Schützengilden in drei Aufsätzen gedruckt.

1967 Berufsschullehrer. 1970/71 Mitgründer der Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz als erster Verein der Bundesrepublik. Darin ein Jahrzehnt Ressortinhaber »Bauliche Orts- und Landschaftspflege«. Zur Befreiung der Politik von natur- und landschaftsverderblichen Zwängen entsteht eine Fülle von Presseartikeln. »Rettung für mehr Altstadtsubstanz« heißt der erste in 1973. Dann 1975 Diskussion mit Konservator Dr. Wildeman gegen die Abbruchmentalität mit Baudezernenten-Floskel: »Auch noch mit alten Kaffiten abgeben?« Beteiligt am Phänomen politischer Wandlung zuerst der CDU. 1978 Aktionen mit Ernst Schröder gegen Industrieverbrauch der Auen im Lennetal und gegen den Altenaer Stapelhaus-Abbruch. Ab 1976 im neugeformten Lüdenscheider Heimatverein: Ortsheimatpfleger mit Daueraktivität während gesamter Altstadtsanierung. Der erhaltende Umbau des Wirtshauses »Zum Schwejk« mit Inschrift: »Man reißt das Haus nicht ein, das Väter uns gebaut, doch richt' sich's jeder ein, wie er's am liebsten schaut«, setzte schon 1977 erhaltende Akzente als Auftakt zur Regeneration der aufgegebenen gewesenen Altstadt. Ständig kritisch erforschte und fotografierte Neuheiten in und über Boden, besonders zur Stadtmauer, sollen demnächst veröffentlicht werden.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung

Herausgeber: Lüdenscheider Geschichtsverein. Schriftleitung: Dr. Walter Hostert.
Druck: Lüdenscheider Verlags-Gesellschaft.